

Landesprogramm „Modellregionen Integration“:

Vielfalt gestalten in städtischen und ländlichen Regionen

Stefanie Reiter und Franziska Pohl

Integration von Migrantinnen und Migranten wird zumeist im Kontext von Städten und urbanen Zentren gedacht und untersucht. Die Anzahl der Studien, die sich mit diesem Thema, bezogen auf den ländlichen Raum, befassen, ist bislang noch überschaubar (z. B. Schader Stiftung¹, Projekt Diverse City²). Wenn man bedenkt, dass ein Großteil (rund 88 %³) der Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland in städtischen Regionen lebt, ist dies nicht weiter verwunderlich. In den letzten Jahren zeichnet sich jedoch die Tendenz ab, dass nicht nur (Groß-)Städte, sondern auch Dörfer im ländlichen Raum multikulturell geprägt sind⁴ und die Gestaltung eines vielfältigen Zusammenlebens im ländlichen Raum für Verwaltungen, Kommunalpolitik und zivilgesellschaftliche Akteure an Bedeutung gewinnt. Das hessische Landesprogramm „Modellregionen Integration“ konnte nicht nur in Städten, sondern auch in ländlichen Regionen zur Verbesserung der integrationspolitischen Prozesse und Strukturen beitragen.

Konzept und Ziele des Landesprogramms „Modellregionen Integration“

Die Bevölkerung des Landes Hessen ist von einer zusehends größeren ethnischen und kulturellen Vielfalt geprägt. So hat nach den Angaben des Statistischen Landesamts in Hessen inzwischen etwa jeder vierte Hesse einen Migrationshintergrund.⁵ In dieser Vielfalt wird das Thema Integration zu einer wichtigen Querschnittsaufgabe für Akteure und Institutionen in allen Lebensbereichen und Politikfeldern, sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen.

Um die Entwicklung einer erfolgreichen und wegweisenden Inte-

grationspolitik aktiv mitzugestalten, hat das Hessische Integrationsministerium⁶ in den Jahren 2009 bis Ende 2013 das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ umgesetzt. Mit ausgewählten Städten und Landkreisen wurden integrationspolitische Maßnahmen und Ansätze erprobt und ganzheitliche Handlungskonzepte ausgearbeitet, um Anregungen für andere Kommunen zu liefern.

Mit den Städten Wiesbaden, Kassel, Wetzlar und Offenbach sowie dem Hochtaunuskreis und dem Main-Kinzig-Kreis, welcher gemeinsam mit der Stadt Hanau eine Modellregion bildet, wurden städtische und ländlich geprägte Kommunen und Kreise mit heterogenen Ausgangsbedingungen

für eine Förderung ausgewählt. Zur Unterstützung der Akteure dieser Modellregionen in ihrer kommunalen bzw. regionalen Arbeit, wurden Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren vor Ort eingestellt, um einerseits den Aufbau neuer integrationspolitischer Aktivitäten und Strukturen anzuregen und andererseits bestehende Maßnahmen unterschiedlicher Akteure und Träger abzustimmen und weiterzuentwickeln. Zudem wurden Projekte mit Modellcharakter in verschiedenen Handlungsfeldern (z. B. Sport, Kultur, Bildung) gefördert und eine enge beratende Begleitung der Umsetzung durch Mitarbeiterinnen des HMdJIE realisiert. Dadurch wurden innovative Formen der Zusammenarbeit einer-



Stefanie Reiter

europäisches forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg und Deutsches Jugendinstitut e.V.

sreiter@dji.de

Franziska Pohl

CJD Hamburg + Eutin (Einrichtung des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschlands e.V.)

f.pohl@cjd-eutin.de



¹ Schader Stiftung (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen – Ein Handbuch für Kommunen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projektes Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Darmstadt.

² CJD Hamburg + Eutin (2011): Diversität in Klein- und Mittelstädten. Bürger mit Migrationsgeschichte als Potenzial für die Stadtentwicklung. Ergebnisse des Bundesweiten Modellprojekts Diverse City. Eutin.

³ Vgl. Statistisches Bundesamt (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Fachserie 1, Reihe 2.2., S. 52.

⁴ Vgl. Miksch, Jürgen und Schwier, Anja (2000): Fremde auf dem Lande. Frankfurt am Main, S. 5.

⁵ Vgl. HMdJIE (2013): Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2013. Wiesbaden, S. 9.

⁶ Das Landesprogramm wurde zunächst durch das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (HMdJIE) gefördert und ist inzwischen im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration verortet.

seits zwischen der Landesebene und den Modellregionen und andererseits innerhalb der teilnehmenden Kommunen und Kreise praktiziert. Das europäische forum für migrationsstudien (efms) war mit der wissenschaftlichen Begleitung des Landesprogramms beauftragt, um ausgewählte geförderte Projekte zu evaluieren und die durch das Landesprogramm angestoßenen Veränderungen der integrationspolitischen Strukturen hinsichtlich folgender Programmziele zu analysieren:

- Strukturelle Veränderungen von Regelangeboten und -diensten,
- Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund und deren Organisationen und Einbeziehen der Aufnahmegesellschaft,
- Transparenz von Maßnahmen, Trägern und Daten,
- Vernetzung auf der kommunalen Ebene sowie zur Landesebene.

Durch wissenschaftliche Rückmeldungen und gemeinsame Reflexion mit Programmträger und -durchführenden während des Programmverlaufs konnte eine konzeptionelle Weiterentwicklung stattfinden.

Ergebnisse des Programms

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und Erfahrungswerte der am Programm Beteiligten richten sich an Handelnde aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Erarbeitet wurden Empfehlungen für integrationspolitisch relevante Handlungsfelder wie Politik und Verwaltung, Arbeit, Bildung, Kultur, Ehrenamt und

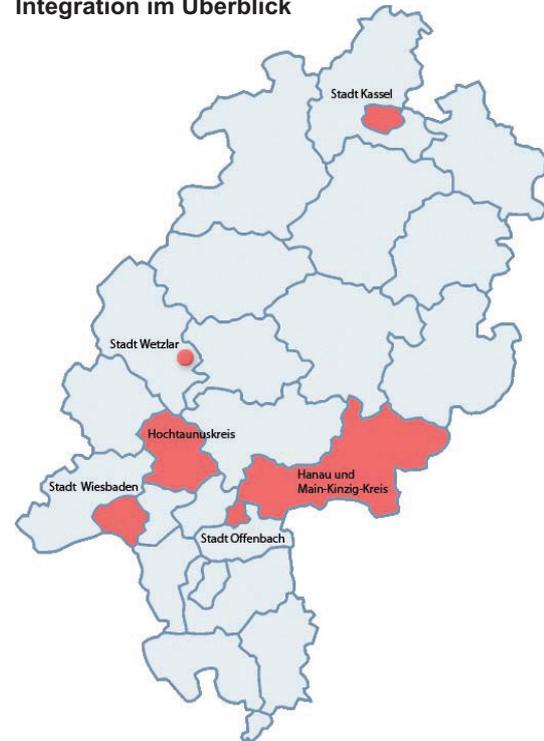
bürgerschaftliches Engagement, Sport und Gesundheit sowie lokale Öffentlichkeit.⁷ Für die erfolgreiche Gestaltung von Vielfalt in der Zusammenarbeit zwischen Kommunen in Landkreisen und im ländlichen Raum haben sich vor allem folgende Aspekte als relevant erwiesen:

Integrationspolitische Strukturen im ländlichen Raum aufbauen

Der politische Rückhalt vor Ort ist für eine umfassende und ertragreiche Gestaltung integrationspolitischer Maßnahmen unverzichtbar. Insbesondere ländliche Regionen, in denen Integration bislang noch kein in Politik und Verwaltung fest verankertes Thema ist, müssen dafür Sorge tragen, das Thema dauerhaft auf die politische Agenda zu setzen und einen überparteilichen Konsens dazu zu erreichen. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Integration dann erfolgreich ist, wenn das Thema „Chefsache“ ist, d. h. eine hohe politische Ebene – die auch richtungsweisend für die Verwaltung ist – sich für Integration, Vielfalt und interkulturelle Öffnung stark macht. Im ländlichen Raum kann diese Rolle von Landräten und Kreisbeigeordneten, aber auch von Bürgermeistern der Gemeinden eingenommen werden.

In den beiden ländlich geprägten Modellregionen – den beiden Landkreisen – lag vor Aufnahme in das Landesprogramm bei den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort tendenziell weniger Erfahrung im Umgang mit dem Thema Integration vor und lokale bzw. regionale Strukturen, die sich systematisch integrationspolitischen Belangen widmen, wa-

Abbildung 1: Die Modellregionen Integration im Überblick



Quelle: Integrationskompass (http://integrationskompass.de/hmdj/home/~bil/Modellregionen_Integration/) Copyright (© HMSI)

ren kaum ausgebildet. Mit der Teilnahme am Landesprogramm wurden in diesen Modellregionen erstmals Ansprechpartner in Politik und Verwaltung festgelegt und kommunale Koordinierungsstellen geschaffen, die explizit für das Thema Integration von Migrantinnen und Migranten zuständig waren. Die neu geschaffenen Koordinierungsstellen wurden fest in der Verwaltung als Querschnittsaufgabe verankert und erwiesen sich in ihrer Funktion als Ansprechpartner für Projektträger, Vereine und Verbände sowie für Politik und Verwaltung und als Anlaufpunkt für Migrantinnen und Migranten sowie ihre Organisationen als sehr erfolgreich.

In den beteiligten Landkreisen trugen die Koordinierungsstellen sowie die Beratung seitens des HMDJIE dazu bei, dass ganzheitliche Projektkonzepte für den Nahraum entwickelt und verwirklicht wurden. In der ländlich geprägten Region des Main-Kinzig-Kreises wurde

⁷ Vgl. HMDJIE (Hrsg.) (2013): Landesprogramm Modellregionen Integration. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und Handlungsempfehlungen. Wiesbaden; s. auch: HMDJIE (Hrsg.) (2012): Vielfalt ist Hessens Zukunft. Wiesbaden.

beispielsweise in Schlüchtern ein Jugendbüro etabliert, in welchem verschiedene bedarfsorientierte Beratungsangebote und Maßnahmen für Kinder, Jugendliche, Familien und lokale Migrantengruppen in den Räumlichkeiten zusammengeführt wurden, welche ursprünglich teilweise als unabhängige, kleinere Mikroprojekte geplant waren. Durch die zusätzliche Verknüpfung mit einer aufsuchenden Arbeit durch Integrationslotsinnen und -lotsen lag eine hohe Zielerreichung vor. Somit konnte die Modellregion durch einen abgestimmten ganzheitlichen Ansatz Projekte bündeln sowie Austausch und Vernetzung im ländlichen Raum stärken.

Bürgerschaftliches Engagement aller auf dem Land fördern

Insbesondere in ländlichen Regionen spielen Vereine eine wichtige Rolle bei der Integration der dort lebenden Bevölkerung. Am Beispiel der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau zeigte sich im Rahmen von Modellprojekten, dass eine interkulturelle Öffnung und Professionalisierung von Vereinsarbeit positive Auswirkungen auf die Kontakte zwischen Personen mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln hat und gleichzeitig dazu beitragen kann, die Vereine bei der Gewinnung neuer Mitglieder zu unterstützen. Darüber hinaus kann eine Öffnung von Vereinen dazu beitragen, dass Zugewanderte und Einheimische die Region noch besser kennenlernen. Ein erfolgversprechender Ansatz besteht auch darin, verschiedene Vereine – sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch Migrantenorganisationen – aus dem sozialen Nahraum zu einem Austausch zusammenzubringen, um gemeinsam Wege zur Schaffung attraktiver Angebote, zur Erschließung von Zielgruppen oder zur Nutzung von Ressourcen zu beschreiben.

Transparenz über Bedarfe, Maßnahmen und Träger in der Region schaffen

Einen Überblick über regionale Träger, deren Maßnahmen und weitere Angebote zu schaffen und diese Informationen an die Zielgruppen weiterzugeben, ist auch im ländlichen Raum trotz einer vergleichsweise geringeren Zahl der Angebote sehr wichtig. Dies kann beispielsweise im Rahmen der Entwicklung eines Integrationskonzepts erfolgen: Der Hochtaunuskreis hat im Modellregionenprogramm positive Erfahrungen mit der partizipativen Erstellung eines Integrationskonzepts auf Kreisebene gemacht. Mit Hilfe von thematischen Arbeitsgruppen (z. B. Arbeitsmarkt, Bildung, Kultur) ist es gelungen, einen Überblick über kreisweite Angebote zu schaffen, Bedarfe zu identifizieren und Träger, die sich oftmals in Konkurrenzsituationen befinden, an einen Tisch zu bekommen.

Transparenz sollte zudem hinsichtlich der statistischen Informationen geschaffen werden, um eine fundierte Analyse von Bedarfen zu ermöglichen. Ein Monitoring der Bevölkerungsentwicklung und weiterer Indikatoren ist zentral, da der demografische Wandel Veränderungen zuerst auch für ländliche Räume mit sich bringt und die Planung integrationspolitischer Belange auf Basis der Entwicklung von Indikatoren und Prognosen erfolgen sollte.

Aufgaben gemeinsam lösen

Im Zuge einer bedarfsgerechten und ressourcenschonenden Abstimmung von Strategien und Maßnahmen ist die Vernetzung von Akteuren und Strukturen, die sich mit dem Thema Integration befassen, ein zentraler Aspekt für eine gelungene Gestaltung von Vielfalt. Dabei können Vernet-

zungsprozesse sowohl innerhalb als auch zwischen Kommunen und mit der Landesebene erfolgen. Absprachen und Kooperationen sind insbesondere wichtig in ländlichen Räumen, die durch kleine Gemeinden und weite Wege zwischen diesen gekennzeichnet sind, da oftmals nicht in allen Gemeinden Angebote für Zuwanderer und ihre Nachkommen zur Verfügung gestellt werden können. Gleichzeitig können große Entfernungen die Vernetzungsbemühungen in diesen Regionen erschweren. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, kann es sich als sinnvoll erweisen, auf Kreisebene eine Steuerungsgruppe zum Thema Zuwanderung und Integration einzurichten, der neben Vertretern aus Politik und Verwaltung des Kreises und der Kommunen auch Träger von Integrationsmaßnahmen, Wohlfahrtsverbände, Vereine und Migrantenorganisationen angehören sollten. Im Rahmen von regelmäßigen Treffen können so Austausch- und Abstimmungsprozesse sowie gemeinsame Strategien und Konzepte etabliert und umgesetzt werden. Auch Kooperationen eines Landkreises mit einer kreisfreien Stadt – deren Verwaltungen normalerweise selten zusammenarbeiten – sind sinnvoll, um gemeinsam zu planen und Projekte zusammen umzusetzen. Der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau haben damit im Landesprogramm positive Erfahrungen gemacht, beispielsweise mit gemeinsamen Seminaren zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung, in denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber hinaus über ihre Arbeit austauschen konnten. Vernetzungsprozesse über den regionalen Raum hinaus, auch auf Landes- oder Bundesebene, tragen ferner dazu bei, von anderen Regionen und Gemeinden zu lernen und die eigenen Erfahrungen weiterzugeben. ■